

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

18. WP - 44. Sitzung

(neu)

am Mittwoch, dem 25. Februar 2015,
im Anschluss an die gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss,
im Sitzungszimmer 122 (Schleswig-Holstein-Saal) des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hauke Göttisch (CDU)	Vorsitzender
Klaus Jensen (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	
Thomas Rother (SPD)	i. V. v. Kirsten Eickhoff-Weber
Thomas Hölck (SPD)	
Sandra Redmann (SPD)	
Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)	i. V. v. Angelika Beer
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	i. V. v. Flemming Meyer

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen der Amtschefkonferenz der Agrarminister in Berlin	4
Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 18/3929	
2. Bericht der Landesregierung zum Stand der Umsetzung des Landesprogramms ländlicher Raum 2014 bis 2020 (LPLR)	6
Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 18/3929	
3. Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2558	
4. Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein - Eckpunkte und Zeitplanung	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2580	
5. Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln	9
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2496	
6. Europäisches Jahr der Entwicklung	11
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2628	
7. Drittes länderübergreifendes Fachgespräch „Abstimmung zum vorbeugenden Hochwasserschutz“ am 24. März 2015, 11 Uhr, in Niedersachsen	12
8. Bericht der Landesregierung zur Situation im Zwischenlager Brunsbüttel	13
Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 18/3929	
9. Bericht des MELUR über die Endlagersuchkommission	13
10. Verschiedenes	14

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, eröffnet die Sitzung um 15:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Folgende Punkte werden von der Tagesordnung abgesetzt:

- **Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Wassers vor Gefahren des Fracking-Verfahrens**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1565](#)
(mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/2234](#)
(einstimmig)
- **Atommüll-Zwischenlager in Brunsbüttel**
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/2661](#)
(einstimmig)

Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen der Amtschefkonferenz der Agrarminister in Berlin

Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 18/3929](#)

hierzu: [Umdrucke 18/4056, 18/1411](#)

Frau Dr. Schneider, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, stellt kurz die Ergebnisse der Amtschefkonferenz der Agrarminister in Berlin vor.

Sie bittet darum, dem Ministerium Fragen zum Thema Clearfield-Raps schriftlich zuzuleiten (siehe [Umdruck 18/4111](#))

Sie geht sodann auf eine weitere Frage der Abg. Beer hinsichtlich der Pelztierhaltung in Schleswig-Holstein ein und führt aus, das OVG-Urteil stütze sich darauf, dass die Bundesverordnung nicht dem Parlamentsvorbehalt entspreche. Mit dem Kreis Plön sei abgesprochen, dass Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt werde. Dies solle auch finanziell unterstützt werden. Sie halte nämlich eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung auf Bundesebene für notwendig, um gegebenenfalls eine Änderung auf Bundesebene herbeizuführen. Unabhängig davon sei das Thema Pelztierhaltung auf der Amtschefkonferenz angesprochen worden. Vermutlich würden Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein eine gemeinsame Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes in den Bundesrat einbringen.

Auf eine Frage der Abg. Eickhoff-Weber hinsichtlich der EU-Ökoverordnung legt Staatssekretärin Dr. Schneider dar, dass die Kritik auch aus anderen Ländern grundsätzlich in die gleiche Richtung gehe, nämlich dass von der Verfahrenskontrolle hin zur Produktkontrolle gewechselt werden solle.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum Stand der Umsetzung des Landesprogramms ländlicher Raum 2014 bis 2020 (LPLR)

Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[Umdruck 18/3929](#)

hierzu: [Umdruck 18/4057](#)

Frau Dr. Schneider, Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, stellt den derzeitigen Stand der Umsetzung vor (siehe [Umdruck 18/4057](#)).

Abg. Rickers legt dar, er halte es für wichtig, sich einen Gesamtüberblick über die Mittel der zweiten Säule und hinsichtlich des Vertragsnaturschutzes zu verschaffen. - Der Ausschuss kommt nach kurzer Diskussion überein, dieses Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Bach, Mitarbeiter im Referat Bildung und Nachhaltigkeit, Verwaltungsbehörde ELER und Gemeinschaftsaufgabe, Internationale Zusammenarbeit im Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, legt auf Fragen des Abg. Voß dar, hinsichtlich der AktivRegionen sei bezüglich der horizontalen Schwerpunktsetzung eine Diskussion mit der Kommission geführt worden. Diese verstehe die Schwerpunktsetzung als thematische Einengung, während die Landesregierung von einer horizontalen Orientierung ausgehe. Nach Auffassung der Kommission müsse den AktivRegionen ein breites Spektrum überlassen werden. Daraufhin seien die horizontalen Ziele aus dem Programm herausgenommen worden, was aber nicht bedeute, dass sich die AktivRegionen nicht daran ausrichten könnten.

Hinsichtlich des Mittelabflusses aus der laufenden Förderperiode sei zu sagen, dass diese noch nicht beendet seien. Auch wenn sie offiziell Ende 2013 ausgelaufen sei, bestehe die Möglichkeit, innerhalb von zwei Jahren weitere Bewilligungen auszusprechen. Die Mittel seien zu etwa 80 % bewilligt worden. In diesem Jahr seien noch Mittel in Höhe von 20 Millionen € vorhanden; er gehe aber davon aus, dass diese abfließen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2558](#)

(überwiesen am 21. Januar 2015 an den **Finanzausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Finanzausschuss, die Kenntnisnahme des Berichts zu empfehlen.

Eventuelle Fragen zu dem Bericht sollen der Landesregierung schriftlich zugeleitet werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein - Eckpunkte und Zeitplanung

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2580](#)

(überwiesen am 22. Januar 2015 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Frau Dr. Schneider, Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, gibt einen Überblick über den vorliegenden Bericht der Landesregierung.

Auf eine Frage der Abg. Beer legt sie dar, die Landesregierung würde unterstützen, wenn der Ausschuss die Vorlage eines Energiewende- und Klimaschutzgesetzes befürworten würde.

Abg. Kumbartzky verweist auf seine Äußerungen in der Landtagsdebatte, wonach seine Fraktion die Auffassung vertrete, dass ein derartiges Gesetz nicht notwendig sei. Abg. Rickers legt dar, er habe sich ähnlich geäußert.

Frau Meyer, Mitarbeiter im Referat Klimaschutz, Energiewende, Innovationsförderung, Nachwachsende Rohstoffe im Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, geht auf eine Frage des Abg. Rickers ein und legt dar, die Absicht sei gewesen, in dem Bericht klarzustellen, welche Punkte nicht in einem künftigen Gesetz geregelt werden sollten.

Abg. Voß regt an, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Landesregierung zu bitten, dem Landtag bis Ende des Jahres 2015 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2496](#)

(überwiesen am 22. Januar 2015 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Beer kündigt an, dass ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringen werde, und bittet vor diesem Hintergrund, die Beschlussfassung zu vertagen.

In einer kurzen Diskussion verweist Herr Pfannkuch, Mitarbeiter im Referat Landespolitische Schwerpunkte, INTERREG A, Zusammenarbeit mit Dänemark, Nordseeangelegenheiten, Informationsarbeit im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, auf die Ausführungen von Ministerin Spoorendonk in der ersten Lesung zu diesem Antrag hin. In der Debatte am 15. Januar habe sie ausgeführt:

„Zwar diskutieren wir seit knapp fünf Jahren darüber, ob und wie eine Initiative für eine makroregionale EU-Strategie auch für den Nordseeraum entwickelt werden kann. Wir müssen die Dinge aber realistisch betrachten: Auf Sicht wird es keine EU-Strategie geben können. Die Gründe dafür sind einfach.

Makroregionale EU-Strategien für EU-Teilräume sind keine Regelaufgabe der EU, sondern eher die Ausnahme. Wenn nur eine begrenzte Anzahl von EU-Mitgliedstaaten in den Fokus von EU-Politiken rücken sollen, müssen erst recht alle 28 Mitgliedstaaten im Europäischen Rat zustimmen. Auf EU-Ebene gibt es die klare Priorität, sich auf wenige makroregionale Strategien zu begrenzen und sich auf Regionen zu beschränken, in denen die gemeinsame Bewältigung von Herausforderungen und Problemen einen Mehrwert für die gesamte EU verspricht. Neben den EU-Strategien für den Ostsee- und für den Donaauraum gibt es - wir hörten es bereits - seit Ende Oktober auch eine Strategie für den adriatisch-ionischen Raum. Für die Alpenregion ist ebenfalls eine Makrostrategie in Vorbereitung.

Und: Auf EU-Ebene hat bislang noch niemand bisherige Initiativen für eine Nordsee-Strategie aufgegriffen, auch keiner der EU-Mitgliedstaaten rund um die Nordsee. Das hört sich bitter an, aber so ist die Faktenlage im Moment.“

Abg. Voß macht darauf aufmerksam, dass es im Bereich der Nordsee einige Gremien gebe, die gemeinsam auf politischen Feldern zusammenarbeiteten. Er spricht sich dafür aus, in diesem Bereich Lobbyarbeit zu betreiben.

Sodann stellt der Ausschuss die Beratung des Antrags zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Europäisches Jahr der Entwicklung

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2628](#)

(überwiesen am 23. Januar 2015 an den **Europaausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: [Umdruck 18/4111](#)

Abg. Beer fragt, welche Projekte beziehungsweise Subventionen durch die Landesregierung unterstützt würden, die zum Beispiel Nahrungsmittellieferungen nach Südafrika unterstützten, durch die die dortige Infrastruktur zerstört werde. - Frau Dr. Schneider, Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, bittet darum, diese Frage schriftlich zu konkretisieren (siehe [Umdruck 18/4111](#))

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Europaausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP, den Antrag anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Drittes länderübergreifendes Fachgespräch „Abstimmung zum vorbeugenden Hochwasserschutz“ am 24. März 2015, 11 Uhr, in Niedersachsen

Der Ausschuss entsendet den Vorsitzenden und die stellvertretende Vorsitzende im Rahmen einer Delegationsreise zu dem dritten länderübergreifenden Fachgespräch „Abstimmung zum vorbeugenden Hochwasserschutz“.

Punkte 8 und 9 der Tagesordnung:

a) Bericht der Landesregierung zur Situation im Zwischenlager Brunsbüttel

Antrag des Abg. Bernd Voss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[Umdruck 18/3929](#)

hierzu: [Umdruck 18/4055](#)

b) Bericht des MELUR über die Endlagersuchkommission

Herr Dr. Backmann, Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, verweist zunächst auf den schriftlich vorliegenden Bericht ([Umdruck 18/4055](#)). Er ergänzt, am 23. Februar 2015 habe die Bundesregierung, in Person die Bundesumweltministerin, erklärt, dass die seinerzeitige Vereinbarung, dass über eine Einlagerung von zurückgeführten Castoren nur im Konsens entschieden werde, nicht mehr maßgeblich sei, weil sich niemand gefunden habe, der diese Behälter freiwillig einlagern wolle. Sie habe daher die Fachebene beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie die Castoren zu verteilen seien.

Er berichtet weiter, dass die nächste Sitzung der Endlagersuchkommission auf den 2. März 2015 terminiert worden sei. Am 24. Februar habe in der Landesvertretung in Berlin eine Veranstaltung zum Thema Rückholbarkeit stattgefunden, deren Ergebnisse sicherlich bei der Endlagersuche berücksichtigt würden. Er könne allerdings nicht sagen, wann sich der Endlagersuchkommission - so auf eine Nachfrage der Abg. Beer - mit dieser Thematik befasse. Die Videoaufzeichnung der Veranstaltung sei im Internet veröffentlicht.

Auf eine Nachfrage des Abg. Voß legt Herr Dr. Backmann dar, das Ministerium verstehe die Absicht der Bundesministerin so, dass den Betreibern eine Richtschnur in die Hand gegeben werden solle, damit bei der Wiedereinlagerung der Castoren aus dem Ausland die Länder gleichmäßig betroffen seien.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende bezieht sich auf die Einladung des Verbandes der Binnen- und Teichwirte, [Umdruck 18/3993](#), eine Informationsreise durchzuführen. - Der Ausschuss verständigt sich darauf, eine Delegation zu entsenden, die Koordination soll von Abg. Flemming Meyer durchgeführt werden.
- b) Dem Ausschuss liegt eine Einladung der Interessengemeinschaft geschädigter Tierhalter vor ([Umdruck 18/4069](#)). Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, diese Einladung nicht anzunehmen. Den einzelnen Fraktionen wird anheimgestellt, dieser Einladung Folge zu leisten.
- c) Auf Fragen des Vorsitzenden zum Aufstellungsverbot bei Geflügel aufgrund der Vogelgrippe schildert Frau Dr. Schneider, Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, die Neubewertung der Risikogebiete gemäß § 13 Absatz 2 Geflügelpestverordnung und sagt zu, dem Ausschuss per E-Mail zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 18/4078](#)).
- d) Der Vorsitzende erinnert an den Besichtigungstermin am 6. Mai 2015, 17 Uhr, auf Gut Bülk.

Der Vorsitzende, Abg. Göttsch, schließt die Sitzung um 17:05 Uhr.

gez. Hauke Göttsch
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin